

zettel müssen aus weissem 8:12 Zentimeter großen Papier hergestellt sein. Es findet Konvertierung statt. Der Ort ist in 2 Bezirke eingeteilt. 1. Wahlbezirk: Wahllokal Waldschlösschen, Wahlvorsteher Gemeindevorsteher Herr Heilig, Stellvertreter Herr Lehmann, Schriftführer Herr Weber; es gehören folgende Straßen dazu: Albertstraße, Albertplatz, Bahndorf, Carola, Tannen, Grund, Rann, Wilhelm- und Heiliger Straße. 2. Bezirk: Wahllokal Brauerrestaurant, Wahlvorsteher Herr Gemeindevorsteher Heilig, Stellvertreter Herr Schönel, Schriftführer Herr Schmeißer; es gehören folgende Straßen dazu: Georgstraße, Gohliser, Haupt, Heinrich, Moritzer, Nord, Brommler, Krieger, Quert, Schulstraße und Schulplatz. Das Gesuch des Herrn Dänkel um Wein- und Brauweinverkauf wurde bewilligt und das Bedürfnis bejaht. Ueber die Angelegenheit der Errichtung eines Gewerbe- und Kaufmannsgerichts nach Herr Himmernann Bericht, der die Gemeinde in der Sitzung vertreten hatte. — Herr Grabs teilt mit, daß auf dem Bauplatz von Kindern großer Unfug verübt wird. Es wurde beschlossen, zwei Verbote anzuklagen und die Eltern für ihre Kinder haftbar zu machen. — Der Wohnungsausschuß stellt den Antrag, daß der Gemeinrat sich mit der Ht.-Gef. Lauchhammer in Gedda in Verbindung setzen soll, daß sie für ihre in Rüdberau wohnenden Beamten im Orte Wohnungen schafft, damit die belegten Wohnungen an andere Wohnungssuchende können verteilt werden und die Wohnungsnot dadurch etwas gelindert wird. — Da bei der letzten Kartoffelverteilung für Minderbemittelte große Anschuldigungen gegen den beauftragten Ausschuss ausgesprochen worden sind, wurde der Antrag gestellt, daß, wenn wieder einmal eine Verteilung stattfinden, die Minderbemittelten sich auf dem Gemeindeamt melden sollen. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

**Wernsdorf bei Olsch.** Der 80 Hektar große Hofsee wurde ausgetrocknet. Das Teichsüßchen war ein Vergnügen für die ganze Gegend. Zu Fuß, zu Rad, zu Wagen waren unzählige Besucher herbeigekommen, darunter Schulen der Umgegend und das Seminar zu Olsch. Der Ertrag war sehr betrüblich.

**Dresden.** Der Dresdner Bürgererrat hat an den Rat zu Dresden folgende Eingabe gerichtet: In der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Oktober hat der Stadtverordnete Meise den Antrag gestellt, die Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen geschlechterweise feststellen zu lassen. Der Dresdner Bürgererrat sieht in diesem Antrag einen Verstoß, die Geheimhaltung der Stimmabgabe zu durchbrechen, um das festgestellte Ergebnis parteipolitisch auszunutzen zu können. Dieser Antrag hat unter den Frauen eine begriffliche Erregung hervorgerufen, da sie fürchten, daß aus der Veröffentlichung ihrer Stimmabgabe ein erheblicher Druck erwachsen könnte, der letzten Endes dazu führen soll, sie ihres Stimmrechts zu berauben. Die Annahme des Antrags von Seiten des Rates der Stadt Dresden würde eine Verletzung des verfassungsmäßig garantierten Rechts bedeuten, wonach die Wahlen unbedingt geheim zu erfolgen haben.

**Schöna.** Die Blättermeldung von einem Totschlag an dem Schriftleiter Köpfel vom hiesigen „Grenzblatt“ ist nicht zutreffend. Köpfel wurde am Sonnabend früh im Hofe des Hotels „Stadt Dresden“, wo er im Saale einer Vereinsfestlichkeit beigeschaut hatte, bewußtlos aufgefunden. Er hatte infolge eines Sturzes von der Treppe des Hotels eine Gehirnerschütterung erlitten und starb an eingetretener Herzschwäche.

**Croifen.** Einem Arbeiter, der sich mit seinem Rade an ein Kalkauto angehängt hatte, wurden beim Abstoßen beide Beine abgefahren, indem er an Verbrennung starb.

**Freiberg.** Das Kalksteinlager bei Freiberg ist durch Schichtenfeuer fast völlig zerstört worden. Die vollgefüllte Schiene, eine geräumige Niederlage mit sämtlichem Inventar, zahlreiche Futtervorräte, der ausgedehnte Werkstoff, ein Stall von 40 Meter Länge für 200 Stück Schweine, sowie der Schaffall gingen in Flammen auf. 25 Stück Schafe sind erstickt. Nur Wobhaus und Kuhstall konnten gerettet werden. Brandstiftung liegt zweifelhaft vor.

**Wernsdorf.** Vor 200 Jahren gründete Johann Mehner hier eine Wirtschaft. Sonnabend konnte der Gutsbesitzer Johann Mehner diesen Tag als Abjüngendebüttag begehen. Sechs Generationen der Mehner haben inzwischen das Gut bewirtschaftet.

**Johanngeorgenstadt.** Ein „Stellbühnen“ hatten dieser Tage in einem Lokal in Gottesgab ein Herr aus Joachimsthal und ein Herr aus Rittersgrün. Die beiden Herren unterhandelten, als plötzlich der Gendarmenoberwachmeister die beiden aufordnete, ihm zu folgen. Sie mußten sich einer Verhaftung unterziehen, wobei man bei dem Joachimsthaler Herrn fünf Goldstücke vorfand. Er wollte diese dem Reichsdeutschen verkaufen. Die Goldstücke wurden beschlagnahmt. Es war der Verdacht verraten worden, daß sich die zwei Herren zu jener Stunde treffen wollten, um ein Geschäft mit Goldmünzen abzuschließen, aber nur fünf von diesen edlen Münzen konnten vorgefunden werden. — Auch hatte auch eine Frau aus Gottesgab, die mit 21000 deutsche Reichsmark über die Grenze nach Oberloosenthal wollte. Von der Grenzbehörde abgefangen, wurde ihr das Geld abgenommen.

**Schwarzenberg.** Die Stadtverordneten genehmigten die Kosten für unentgeltliche zahnärztliche Behandlung der Schulkinder bis zu einer Einkommensgrenze von 15 000 A.

**Oberwiesenthal.** Auf dem Fichtelberge ist am Sonntag Schneefall eingetreten. Auch am Montag früh schneite es noch bei 5 Grad Kälte. Das ist für den Fichtelberg ein verhältnismäßig später Termin, denn im langjährigen Durchschnitt schneit es daselbst zum ersten Male am 2. Oktober.

**Schneeberg i. Erzgeb.** Die Pariser Meldung, daß Dr. Roux vom Pasteurischen Institut eine neue Behandlungsmethode der Syphilis durch Muskelinjektionen von Bismutsalzen entdeckt hat, findet in unserer alten Bergstadt besonderes Interesse. Europäischer Hauptfundort für wismuthaltige Erze ist seit altersher Schneeberg. Wismut wird hier in den Silbererzgängen gewonnen; obwohl der eigentliche Schneeberger Silberbergbau als solcher nicht mehr betrieben wird, wird er doch in beschränktem Umfang zur Gewinnung anderer Erze ausrechterhalten. Durch eine solche Entdeckung würde der erhebliche Wismutgehalt unserer Erzgänge Aussicht zu intensivem und lohnendem Abbau bieten. Ganz Schneeberg steht auf stark silberhaltigem Untergrund; das gilt insbesondere auch von der auf dominanter Höhe liegenden, weit hin sichtbaren Schneeberger Kirche, der größten Kirche Sachsens. Wie das benachbarte Bad Oberschlema durch sein Radium einen schnellen Aufstieg erlebte, verspricht man sich vom Wismutreichtum der Schneeberger Erzgänge ähnliches. Naturgemäß muß von vornherein der Gefahr gedenkt werden, daß die Wismutlager unserer Gegend nach dem Muster von St. Joachimsthal in Böhmen und dessen Radiumerzen in die Hände außerdeutscher Kapitalisten gespielt werden könnten.

**Delsnitz i. B.** Ein Fuchs mit nur zwei Beinen wurde auf dem Raasdorfer Revier am Dienstag zur Strecke gebracht. Er war zweifellos früher in eine Falle geraten

und hätte, um frei zu kommen, die eingeklemmten Beine durchgenagt.

**Leipzig.** Auf dem Räderplatz wurden zwei Personen, ein Mann und eine in seiner Begleitung befindliche weibliche Person, von einer Kraftwagenschleife überfahren. In dem Mann wurde ein in der Ohrknoche wohnender 28 Jahre alter Mann ermittelt. Seine Begleiterin ist ohne das Bewußtsein wiedererwacht zu haben, bald nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. — Am Sonnabend geriet auf noch unangelegte Weise die zum Rittergute Bödigter gehörige Schänke in Brand. Das Schänkehaus ist ganz abgebrannt. Ungefähr 60 Fuder Reis und Weizenheu, sowie etwa 100 Sester Dohle wurden ein Raub der Flammen.

**Leipzig.** Der Deutsch-nationale Jugendbund (Demobundgemeinde Leipzig) hatte für Montagabend zu einem Vortrag eingeladen, in dem General Graf von der Goltz über „Deutschlands Zukunft im Osten“ berichten sollte. Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte das als eine „unerschütterte Propaganda der Arbeiterkassen“ bezeichnet und Goltz „Finanzschlichter“ genannt. Darauf muß es wohl zurückzuführen sein, daß eine halbe Stunde vor Beginn des Vortrages vor dem Haupttheater sich eine ungeheure Menschenmenge ansammelte und größere Arbeitertrupps vertrieben, in den Saal einzudringen. An diesem Punkte wurde sie aber durch die Polizei verhindert, die zahlreich erschienen war, da von vornherein mit Eindringen gerechnet werden mußte. Es entspann sich ein Handgemenge, bei dem die Polizei einen Verletzten hatte, der fast aus einer Kopfwunde blutete. Die Stuhlfreier hatten auf ihrer Seite mehrere Verletzte zu verzeichnen, die zum Teil ohnmächtig von ihren Freunden weggetragen wurden. Nachdem der Eingang zum Saal durch die eiserne Tür abgeperrt worden war, versuchte die Menge wiederholt, die Tür einzubrechen. In dem entstehenden Gedränge wollten jugendliche Burthen u. a. auch bessergerichtete Passanten mißhandeln. Von älteren Arbeitern wurden sie daran mit den Worten gehindert: „Das machen nur Kommunisten!“ Allmählich beruhigte sich die Menge wieder und einzelne Ränge verließen die Goltzstraße mit dem Gesang der Arbeiterhymne. Andere bildeten Gruppen um Redner, die auf die „bürgerliche Nordregierung und das politische Blutgefäß“ schimpften und forderten, daß der Vortrag des „Reisensmördes Goltz“ verhindert werde. Durch Polizei gestrichelt, fand währenddessen im Saal der Vortrag des Generals von der Goltz statt.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

**Die Ursachen der Preissteigerung an dem Kartoffelmarkt.** Die Teuerung melde: In Pommern, besonders in der Gegend von Stolp, ist eine ausnehmend große Kartoffelernte zu verzeichnen. Die Erträge werden hier auf 100 bis 140 Ztr. je Morgen geschätzt. Eine Folge dieser großen Ernte ist, daß eine Unmenge von Käufern Pommern, speziell die Gegend von Stolp, unfruchtbar machen. Die Käufer stellen sich meist als Abnehmer der Betriebskräfte der großen Betriebe der mittel- und westdeutschen Industrie dar. Besonders zahlreiche Käufer haben Württemberg und das besetzte Gebiet nach hier geschickt, sowie die Arbeiter-Einkaufsverordnungen der großen westlichen Eisenbahnregionen. Der Ansturm der wilden Kartoffelhändler ist so stark, daß in den Hotels der mittleren und kleineren oekonomischen Städte sämtliche Zimmer besetzt sind und der reguläre Reisende-Verkehr keine Möglichkeiten findet. Die wilden Händler überbieten sich in gewissenloser wucherischer Weise und finden leider Gottes bei einem Teil der Landwirte mit ihrem Treiben Gehör, während der bei weitem größte Teil der pommerschen Landwirtschaft diesem Käufersturm die Tür wehrt. In Pommern wird allgemein behauptet, daß die von den wilden Kartoffelhändlern ausgekauften Kartoffeln zu einem großen Teil nach Frankreich verschoben werden, wo sie zur Fütterung der französischen Schweine dienen. Der größte Teil der pommerschen Landwirtschaft und der übrigen Bevölkerung Pommerns ist sich einig in dem dringlichen Verlangen an das Reichs Ernährungsministerium, daß es dem schamlosen Kartoffelwucher in Pommern ein Ende macht.

**Der Rekrutationsbetrieb im Reichstage wird, wie die B. S. am Mittag“ erklärt, unter gemeinsamer Verwaltung und auf gemeinsame Rechnung der bisherigen Angehörten zur bevorstehenden Tagung eröffnet. Der Betrieb in den letzten Jahren war von der Hotelbetriebsgesellschaft geführt worden, die mit dem Reichstagspräsidenten ein Abkommen getroffen hatte, wonach unter für die Arbeitnehmer recht günstigen Bedingungen das Rekrutationsgeschäft eingeführt werden sollte. Der Reichstagspräsident hatte jedoch dieses Abkommen auf Grund des Einspruchs der Gewerkschaft umgeworfen und den Angehörten die Geltendmachung des Betriebes auf eigene Rechnung zu sühren. Daraufhin hat die Hotelbetriebsgesellschaft sich mit ihrem ganzen Mobilien aus dem Reichstage zurückgezogen.**

**Vertriebsstilllegung in Bochum.** Montag nachmittags 2 Uhr wurde der gesamte Betrieb des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußhüttenfabrikation stillgelegt. Der Grund zu dieser Maßnahme liegt in dem Streik von 82 Maurern beim Bochumer Verein wegen Tarifstreitigkeiten. Da kein Erfolg für die streikenden Maurer geschaffen werden konnte, mußte der Hochofenbetrieb gedämpft werden. Dadurch wurde das Kraftwerk infolge Fehlens der Gaskraft außer Betrieb gesetzt und der Betrieb im Bochumer Verein mußte stillgelegt werden. Ungefähr 12 000 Arbeiter sind arbeitslos geworden.

**Die Ueberführung der Reiche des früheren Königs Ludwig von Bayern nach München muß wegen der augenblicklichen politischen Lage in Ungarn auf unbestimmte Zeit verschoben werden.**

**Stinnes hat 7 Dampfer gekauft.** Die Aktien-Gesellschaft Hugo Stinnes für Seefahrt und Ueberseehandel hat sieben Dampfer der Norddeutschen in Stockholm angekauft.

### England.

**Maßnahmen gegen die bolschewistische Propaganda.** Lloyd George erklärte im Unterhause, daß die britische Regierung die wirksamsten Maßnahmen gegen die bolschewistische Werbetätigkeit in England und im Osten ergreifen werde und daß eine sehr energische Mitteilung in diesem Zusammenhang an die Sowjetregierung gegangen sei.

**Schweizer Lage im Rohlenbergbau.** Die Lage in der Steinkohlenindustrie in England wird immer schwieriger. So schreibt der „New Statesman“: Anfang voriger Woche gab es 175 000 Arbeitslose. In den letzten Tagen sind viele Bergwerke geschlossen worden. Nur 25 Prozent der Bergleute, die noch arbeiten, haben mehr als drei Tage in der Woche zu arbeiten. Die Bergwerksführer haben bereits die Möglichkeit von Anrufen in Aussicht gestellt.

**Klimatum Nord George an de Valera.** Lloyd George hat an de Valera einen Brief gerichtet, der ein Ultimatum darstellt und in Aussicht stellt, daß die Londoner Konferenz sofort automatisch aufgelöst werde, falls de Valera auf der Forderung einer unabhängigen irischen Republik bestände.

### Amerika.

**Zum bevorstehenden Eisenbahnerstreik.** Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington haben acht Eisenbahnergewerkschaften mit insgesamt einer Million Arbeitern erklärt, daß ihre Mitglieder nicht an dem für den 30. Oktober geplanten Streik teilnehmen würden.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 26. Oktober 1921.

### Ein neues Kabinett Wirth?

**W. Berlin.** Die „Deutsche Wk. Ztg.“ behauptet, daß die Deutsche Volkspartei die Zustimmung zu der Erklärung der interfraktionellen Verständigung einstimmig abgelehnt hat. Da hiermit die Partei aus der Koalition auscheidet, hält das Blatt ein neues Kabinett Wirth für sehr wahrscheinlich.

### Der preussische Haushaltsvoranschlag.

**W. Berlin.** Im Haushaltsauschuß des preussischen Landtags erklärte Finanzminister Schmidt a. a., gegen den Haushaltsvoranschlag für 1920 werde bei den ordentlichen Einnahmen und Ausgaben voranschläg mit einer Gesamterhöhung von 84,5 Millionen Mark gerechnet werden können, und zwar bei den Einnahmen, bei der Bergverwaltung und bei der allgemeinen Finanzverwaltung. Dieser Verbesserung stehe eine Verschlechterung von 1180,5 Millionen gegenüber. Es werde mit einem mittelmäßigen Haushaltsbeitrag von 500 Millionen gerechnet werden müssen, der sich auf insgesamt 2700,5 Millionen erhöhen werde, falls die in den Haushalts eingezeichneten Erstattungen des Reiches in Höhe von 1908,5 Millionen bis zum Jahresende nicht eingingen. Es könne mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß das Einkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer für 1920 wesentlich höher sein werde, als bisher angenommen wurde. Es werde rund 184 Millionen betragen. Ueber die voraussichtliche Entwicklung der Einnahmen Preußens im Rechnungsjahre 1921 könnten auch nur schätzungsweise Näheres mitgeteilt werden. Der Anteil Preußens (nach Abzug der Gemeindefürsorge) am Ertrag von Reichsteuern werde gegenüber dem Voranschlag ein Mehr von 229,5 Millionen erbringen. Trotzdem ergebe sich ein Haushaltsbeitrag. Die Betriebsverwaltungen würden nennenswerte Mehreinnahmen gegen den Voranschlag nicht erbringen. Mit Sicherheit sei auf erhebliche Haushaltsüberschreitungen bei den Staatsverwaltungen zu rechnen, was mit dem immer mehr sinkenden Geldwert zusammenhänge. Um ohne Haushaltsüberschreitungen zu kommen, müßten für 1921 noch 981,1 Millionen neue Steuern bereitgestellt werden. Für die Deckung dieses Defizits sei ein Grundsteuererwerb ausgearbeitet worden, der seit Mitte September dem Staatsrat zur Begutachtung vorliege. Die angeordnete Trennung der Betriebs- und der Betriebsverwaltungen sei bisher nicht mit sich gehen und werde auch für 1922 nicht erfolgen können. Verhältnismäßig günstig entwickelt habe sich der Kasienstand des preussischen Staats. Für die Ablieferung von Betriebsmitteln der Eisenbahnen an das Reich seien 600 Millionen Mark veranschlagt worden. Zum Schluß kennzeichnete der Minister den Einfluß der Maßnahmen der Entente auf die ganze Finanzwirtschaft. Gerade die Arbeitslosigkeit in den hochindustriellen Ländern zeige, wohin der wirtschaftliche Weltlauf geführt habe. Man habe zwar eine zunehmende Einsicht in den Handelskrisen der Ententeänder feststellen können; indes beweise die Herabsetzung der Zölle, daß man von der vollständigen Einkehr über die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes in den Ententeändern noch weit entfernt sei. Gerade die Nachkriegsmoralität, die sich an den Sanftionen und den für alle Teile unproduktiven Belastungen auswirke, führe immer mehr vor Augen, daß die Reparationsforderungen unerfüllbar seien. Man müsse sich klar machen, daß der Ausverkauf Deutschlands zum erheblichen Teil auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt gehe.

### Schärfere Zollkontrolle an der Ostgrenze.

**W. Berlin.** Der „Abend-Rundschau“ zufolge schweben Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung bzw. dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Zusammenarbeit mit den Danzelschleppern einerseits und der interalliierten Abwehrkommission andererseits über Maßnahmen zur Verhinderung der Verbringung lebenswichtiger Waren aus dem Anlande nach dem Auslande. Es scheint, als ob die Verhandlungen mit der interalliierten Kommission nicht ganz ausbleiben, wodurch eine schärfere Zollkontrolle an der Ostgrenze ermöglicht wird.

**W. Berlin.** Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat folgende Polizeiverordnung über die Beschränkung des Kleinhandelsverkehrs erlassen: Der Kleinhandelsverkehr an Ausländer und die Vermittlung solcher Verkäufe an Ausländer wird unzulässig bis zum 5. November einstill, verboten, soweit es sich nicht um die Deckung eines augenblicklichen dringenden verhältnismäßig Bedarfs handelt.

### Polen hat die Genfer Beschlüsse angenommen.

**W. Berlin.** Nach einer Blättermeldung aus Warschau ist der jetzige polnische Oberkommissar in Danzig Weickhoff, der ehemalige Staatssekretär im Ministerium des Innern, zum Vertreter Polens bei den wirtschaftlichen Verhandlungen über Oberschlesien bestimmt. Die polnische Regierung hat die Genfer Beschlüsse über Oberschlesien angenommen.

### Die Streiklage in Nordfrankreich.

**W. Berlin.** Nach einer Dava-Meldung ist in Roubaix heute von etwa 3000 Arbeitern die Arbeit wieder aufgenommen worden. In Tourcoing wird der Streik nach wie vor fast völlig durchgeführt. In den Nachbargemeinden beider Städte verzeichnen die Fabriken viele Fälle von Wiederaufnahme der Arbeit.

### Amerika und die Vorgänge in Ungarn.

**W. Berlin.** Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat das Staatsdepartement erklärt, es habe an den Vorgängen in Ungarn kein Interesse.

### Ein Vertreter Herberichs bei Kemal Pascha.

**W. Berlin.** Der Oberbefehlshaber Kemal Pascha empfing gestern im Hauptquartier den Vertreter der Republik Herberichs bei der Regierung von Ungarn. Bei der Ueberreichung seines Beglaubigungsscheines hob der Vertreter hervor, welche engen Bande der Freundschaft beide Schwesernationen verbanden, und drückte seine Freude darüber aus, daß die Türken von Herberichs frei seien. Die Türken kämpften, um alle Völker des Orients zu befreien. Kemal Pascha dankte und sagte, er nehme mit Befriedigung von dem Bestreben der Republik Kenntnis und verspreche energische Beihilfe.

## Sie haben ein Recht

und den Anspruch auf pünktliche Zustellung des Niefer Tagesblattes — aber nur dann, wenn Sie rechtzeitig den Bezug erneuert haben. Vergessen Sie daher nicht am Montag November (11. u. ohne Aufstellungsgeld) sofort beim Postamt den Zeitungsbetrag oder der Geschäftsstelle des H. Z. (Gohlstraße 59) zur Vermittlung an die Zeitungsträger.

## Das Niefer Tagesblatt zu beziehen.

**Pflege die Haut mit Kombella**  
Die nichtfettende Hautcreme.